

Antrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dorothee Menzner, Sabine Stüber, Dr. Barbara Höll, Harald Koch, Ralph Lenkert, Ulla Lötzer, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.

Klimaschutzziele gesetzlich verankern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel schreitet schneller voran als erwartet. Schon heute sind insbesondere Menschen in Regionen betroffen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beigetragen haben. Gleichzeitig hat sich trotz 20-jähriger UN-Klimaverhandlungen der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen im letzten Jahrzehnt beschleunigt. Die Emissionsentwicklung liegt damit oberhalb des pessimistischsten Szenarios des UN-Klimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC). Sie ist weit entfernt vom Ziel der Europäischen Union und des Copenhagen Accords, die globale Erwärmung auf 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu beschränken. Schon ein Temperaturanstieg von 1,5 Grad ließe den Klimawandel für Millionen Menschen in vielen Regionen der Welt zu einer Überlebensfrage werden. Er würde massive Verschlechterungen für Millionen Menschen bedeuten und ganze Länder wie die Malediven oder flache Küstengebiete wie in Bangladesch in ihrer Existenz bedrohen. In den ersten sieben Jahren dieses Jahrhunderts wurde bereits ein Viertel der zwischen 2000 und 2050 für das Einhalten des 2-Grad-Ziels zulässigen Emissionsmenge freigesetzt. Tritt im nächsten Jahrzehnt keine Trendumkehr beim globalen Klimagas-Ausstoß ein, steuern wir auf Kippunkte des Klimasystems zu – eine weitere globale Erwärmung wäre nicht mehr zu verhindern. Werden sie erreicht, wird es kaum mehr möglich sein, grundlegende Änderungen des Erdklimas umzukehren.

Auf den UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember letzten Jahres wurden weltweit großen Hoffnungen gesetzt. Sie wurden enttäuscht, vor allem infolge der Blockade beziehungsweise der Unbeweglichkeit großer Industriestaaten. Ein rechtsverbindliches Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls ist nicht in Sicht. Nach dem Scheitern des Gipfels ist es darum umso wichtiger, dass unabhängig vom Fortgang der internationalen Verhandlungen nationale Regierungen anspruchsvolle Klimapolitik betreiben. Dafür sind unter anderem ambitionierte Klimaschutzziele festzusetzen.

In Deutschland besteht hierbei momentan das Problem, dass die Klimaschutzziele seitens der jeweiligen Bundesregierung bislang nur proklamiert wurden. Entsprechend können die Ziele von der Regierung ohne Mitwirkung des Parlaments geändert werden. Abweichungen vom Zielpfad bleiben folgenlos, wie das Beispiel der weit verfehlten Selbstverpflichtung Deutschlands zeigt, bis 2005 gegenüber 1990 den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent zu mindern. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland

endlich gesetzlich festzuschreiben. Vorbild kann hier Großbritannien sein, wo die nationalen Klimaschutzziele per Gesetz verankert wurden.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die deutschen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel wird jedoch durch die Meseberger Beschlüsse zum Integrierten Klimaschutz- und Energiepaket (IKEP) nicht gedeckt. Studien kamen nach Verabschiedung des IKEP zu dem Ergebnis, dass mit den eingeleiteten Maßnahmen lediglich etwas über 30 Prozent Minderungen erzielt werden können. Dementsprechend müssen zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden bzw. beschlossene Maßnahmen daraufhin überprüft werden, welche Wirkung sie tatsächlich auf die Senkung der Treibhausgasemissionen haben. Dafür ist unter anderem ein fortlaufendes Monitoring der Zieleerfüllung notwendig.

Die Treibhausgasemissionen Deutschlands lagen laut Umweltbundesamt (UBA) im Jahr 2009 infolge der Wirtschaftskrise um 8,4 Prozent unter denen von 2008. Der Rückgang gegenüber 1990 wird vom UBA mit 29 Prozent angegeben. Aus Sicht des Klimaschutzes erleichtert es diese Entwicklung, die nationalen Ziele auf ein Niveau anzuheben, welches den klimapolitischen Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland und ihrer postulierten Vorreiterrolle gerecht wird. Das Anziehen der Wirtschaftstätigkeit nach der Krise muss für einen sozialökologischen Strukturwandel genutzt werden, der dauerhaft ein deutlich niedrigeres Emissionsniveau zur Folge hat.

Hinsichtlich der Höhe der Treibhausgasemissionen sind die wissenschaftlich gebotenen Einsparforderungen als Maßstab anzusetzen, die an Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels gestellt werden. Der wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen bei der Bundesregierung (WGBU) etwa sieht in seinem „Budget-Ansatz“ für Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland eine Halbierung der Emissionen bis 2020 vor. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Bundesrepublik Deutschland durch die sozial und wirtschaftlich katastrophale Deindustrialisierung Ostdeutschlands zumindest erhebliche „wallfall profits“ im Klimaschutz erzielt hat. Fast die Hälfte der Treibhausgasminderungen der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 kann diesem Effekt zugeordnet werden. Entsprechend muss die Minderungsleistung Deutschlands deutlich über dem Durchschnitt der Industrieländer liegen.

Die zusätzlich zu ergreifenden Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre, u. a. zum Umbau des Energiesystems, hin zu einer vollständig regenerativen Erzeugung, sind nicht als Last zu begreifen, sondern als Chance für eine ökologische und sozial nachhaltige Entwicklung. So kann die Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen. Eine solche Strategie wirkt gleichzeitig positiv auf Beschäftigung und Technologieentwicklung.

Bei der Abrechnung der nationalen und sektoralen Minderungsziele ist zu berücksichtigen, dass die so genannten projektbasierten flexiblen Instrumente im Klimaschutz, wie der Clean Development Mechanism (CDM), extrem missbrauchsanfällig sind. Mittels vermeintlicher Klimaschutzinvestitionen im Ausland werden dabei oft „faule“ Emissionsgutschriften erzeugt. Solche Zertifikate ermöglichen es Betreibern von emissionshandelspflichtigen Anlagen, hierzulande die Erfüllung von Minderungspflichten abzurechnen, obwohl hinter den Gutschriften keine zusätzlichen Emissionsminderungen im Süden stehen. Dadurch werden nationale Klimaschutzziele hintergangen. Ähnliches ist absehbar für zukünftig eventuell mögliche Gutschriften aus Landnutzungsänderungen sowie aus vermiedener Entwaldung. Ihnen wird in Fachkreisen ein noch höheres Missbrauchspotential zugeschrieben als Gutschriften aus CDM-Vorhaben. Solche Emissionsgutschriften, sollten sie eingeführt werden, dürfen daher in der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Einsatz kommen.

In einem deutschen Klimaschutzgesetz sollten ferner Eckpunkte von langfristigen Finanztransfers in Entwicklungsländer festgeschrieben werden. Diese sol-

len es Ländern des globalen Südens ermöglichen, bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung die fossile Phase in ihrem Energiesystem zu überspringen bzw. zügig hinter sich zu lassen. Außerdem sollen die Gelder für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel eingesetzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein deutsches Klimaschutzgesetz vorzulegen, welches

- Kohlendioxid (CO₂) als Schadstoff definiert, ähnlich der Anfang Dezember 2009 von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA vorgenommenen Klassifizierung von CO₂ als Gefahr für die öffentliche Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung;
- ein nationales Klimaschutzziel bis 2020 in Höhe von mindestens 50 Prozent Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 festschreibt;
- ein nationales Klimaschutzziel bis 2050 in Höhe von mindestens 90 Prozent Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 festlegt;
- für die nicht dem europäischen Emissionshandelssystem unterliegenden Bereiche (Verkehr, Haushalte, Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft) zweijährliche Zwischenziele festsetzt;
- für die dem europäischen Emissionshandelssystem unterliegenden Sektoren der deutschen Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie zweijährliche Orientierungswerte formuliert;
- für die dem europäischen Emissionshandelssystem unterliegenden Sektoren der deutschen Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie sowie für die Abrechnung internationaler Minderungsverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinten Nationen die Anrechnung von Gutschriften aus projektbasierten flexiblen Instrumenten, wie dem Clean Development Mechanism, für die Zeit nach 2012 untersagt;
- für die dem europäischen Emissionshandelssystem unterliegenden Sektoren der deutschen Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie sowie für die Abrechnung internationaler Minderungsverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinten Nationen die Anrechnung von evtl. entstehenden Gutschriften aus Landnutzungsänderungen und vermiedener Entwaldung bzw. Wiederaufforstung untersagt;
- für Deutschland einen geeigneten Sanktionsmechanismus für die Nichterfüllung von sektoralen Klimaschutzzielen entsprechend des Verursacherprinzips festschreibt;
- bei drohender Nichterfüllung der deutschen Klimaschutzziele rechtzeitig einen Mechanismus auslöst, in dessen Ergebnis zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Ziele zu erreichen;
- die Bundesregierung zu einem jährlichen Klimaschutzbericht verpflichtet, der die anteilige Zielerfüllung und zu ergreifende Maßnahmen zum Inhalt hat;
- die Einsetzung einer unabhängigen Klimaschutzkommission festschreibt, die vom Deutschen Bundestag eingesetzt wird und die die Bundesregierung bei der Erfüllung der Klimaschutzziele unterstützt sowie gegebenenfalls Korrekturen bei den Zielen und Maßnahmen entsprechend dem neuesten wissenschaftlichen Kenntnisstand anregt;
- festlegt, dass Entwicklungsländer durch deutsche Finanzhilfen bei der Umsetzung der Strategien zu einer emissionsarmen Entwicklung und zur Anpassung an den Klimawandel ab 2011 mit jährlich 600 Mio. Euro ansteigend unterstützt werden, um ab 2020 die jährliche Summe von 7 Mrd. Euro zu erreichen.

Berlin, den 22. April 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

